



Späterer Unterrichtsbeginn: Traum der Schüler, Alptraum für die Eltern.

## Schule: Der Angriff der Langschläfer – und wie sich die Frühaufsteher wehren

*Der Wunsch nach späterem Unterrichtsbeginn, einer Neuordnung der Ferien und die schulautonomen Tage sorgen für Diskussionen inner- und außerhalb der Klassenzimmer.*

**D**er Wahlkampfeinsatz als liberale Spitzenkandidatin in Tirol verlangt ihr zwar einiges ab, von ihrem Steckepferd will Maria Schaffenrath dennoch nicht steigen: der Schulpolitik. Und daher wartete die liberale Bildungssprecherin diesen Montag mit einer neuen Reformvariante auf: Der Unterrichtsbeginn sollte flexibler gestaltet werden. Denn, so moniert Schaffenrath, „die österreichischen Schüler sind derzeit per Gesetz zum Frühaufstehen verurteilt“.

Nach ihren Vorstellungen würde der Schultag in Ballungszentren künftig (wenn gewünscht) erst um neun Uhr beginnen, auf dem Land müßte auf die Verkehrsverbindungen Bedacht genommen werden. Schaffenrath: „Es ist erwiesen, daß sich die Tagesarbeitszeit gerade im urbanen Raum immer weiter nach hinten verschiebt. Geschäfte öffnen ihre Pforten in

den Zentren um neun oder erst um zehn, und auch in den Büros beginnt die Arbeit immer später.“ Außerdem würde sich Österreich damit europäischen Standards anpassen. So starte der Schultag in Belgien und Frankreich frühestens um 8.30 Uhr, in den Niederlanden um 8.45 Uhr, in Irland um 8.50 Uhr und in England und Spanien gar erst um 9 Uhr.

Die Entscheidung darüber sollten aber

**REFORM-TURBO.** Maria Schaffenrath: Unterricht in Städten auch erst ab 9 Uhr.



die Schulgemeinschaftsausschüsse – wo Schüler, Eltern und Lehrer drittelparitätisch vertreten sind – autonom treffen.

**Wenig Beifall.** Jene Schüler, die sich in Vorfreude auf ein längeres Nickerchen bereits die Hände reiben, werden indes enttäuscht werden. Denn Schaffenraths Vorschlag stößt auf wenig Gegenliebe. „Ich bin zwar in acht von zehn Fällen ihrer Meinung, aber da verrennt sie sich, weil das wäre ein Minderheitenprogramm“, befindet der Wiener Stadtschulratspräsident Kurt Scholz (SP), der von gegenteiligen Wünschen weiß: Satte 80 bis 90 Prozent der Eltern würden einen früheren Beginn befürworten, weshalb an 150 der 279 Volksschulen in der Bundeshauptstadt „um Dutzende Millionen“ eine Frühbetreuung ab

sieben Uhr eingeführt worden sei. „Das Leben besteht nicht nur aus Selbstverwirklichern, die sich den Arbeitstag einteilen können, sondern aus Vätern und Müttern, die zwischen sechs und acht Uhr früh zu arbeiten beginnen müssen“, gibt Scholzens Vize, FP-Mann Herbert Rudolph, zu bedenken. Ähnlich argumentiert der Sozialforscher Bernd Marin: „Das LiF drückt hier eher die Lebensgewohnheiten der neuen Mittelklasse aus.“ Er warnt auch vor den Tücken schulautonomer Beschlüsse: „Es besteht die Gefahr, daß auf dezentraler Ebene nicht die Fairneß regiert, sondern daß sich die sozial Stärkeren durchsetzen.“

Auch die Wiener AHS-Elternvertreterin Christine Krawarik hat Vorbehalte: „Ich bin nicht dafür, weil viele Eltern keinen späteren, sondern einen früheren Unterrichtsbeginn begrüßen.“ Unterrichtsministerin



**ZEITGEWINN.** Ministerin Gehr will eine Untersuchung abwarten.



**NJET.** Stadtschulratspräsident Scholz: Die Eltern wollen früheren Unterrichtsbeginn.



**ABLEHNUNG.** Elternvertreterin Krawarik: Keine Ferienänderung.



**VORBEHALTE.** Soziologe Marin: LIF drückt Lebensgewohnheiten neuer Mittelschicht aus.

Elisabeth Gehr kann sich nur für regional einheitliche Beginnzeiten erwärmen. Lediglich SP-Schulsprecher Dieter Antoni und sein grünes Pendant Karl Öllinger finden Gefallen an Schaffenraths Vorstoß, allerdings nur unter der Bedingung, daß die Schüler ab 7.00 oder 7.30 Uhr betreut und mittags verpflegt werden. Dennoch befürchten beide, daß eine Familie mit mehreren Kindern, die verschiedene Schulen besuchen, ins Schleudern kommen könnte.

**CruX: Schulautonome Tage.** Dieses Problem stellt sich jetzt auch bei den schulautonomen Ta-

gen. Die sind nämlich je nach Standort unterschiedlich geregelt, was die Freizeitplanung von Mehrkindfamilien nicht gerade erleichtert. Deshalb appellierte Ressortchefin Gehr bereits im Herbst an die Landesschulratspräsidenten, diese unterrichtsfreien Tage besser zu koordinieren. „Das ist doch unmöglich“, wettet Scholz in Richtung Minoritenplatz. Er habe es sowohl im 8. als auch im 19. Bezirk probiert. Ohne Erfolg. Auch sein Salzburger Kollege Gerhard Schäffer, der die wenigen Schulen von Tamsweg zu einer einheitlichen Regelung bewegen wollte, ist geschei-

tert. Ein ergrimmtter Scholz: „Jeder trickst sich irgendwie durch. Auf der Strecke bleiben Mütter mit mehr als einem Kind.“ Gemeinsam mit dem oberösterreichischen Landesschulratspräsidenten Johannes Riedl (VP) fordert er jetzt von Gehr, den Schulen bloß noch zwei Tage in Eigenregie zu gewähren, die restlichen drei sollten das Ministerium oder die Präsidenten festlegen. Niederösterreichs oberster Schulmann Adolf Stricker ist noch knausriger – ein Tag zur schulautonomen Vergabe müsse reichen. Die Ministerin hat zwar abgewinkt („Ich will nicht zum Zentralismus zurück“), will aber in einer großangelegten Studie ausloten, was die Betroffenen wünschen. Dabei geht es freilich nicht nur um die vier (an Pflichtschulen) oder fünf (an höheren Schulen) unterrichtsfreien Tage, sondern auch um die immer wieder heftig diskutierten Ferienzeiten.

**Wunsch nach neuen Ferienzeiten.** Bereits im Vorjahr hatte der Chef der Elternvereine an den Pflichtschulen, Kurt Kremzar, nach einer neuen Einteilung des Schuljahres gerufen. Danach sollten die Sommerferien von neun auf acht Wochen verkürzt, die Osterferien dafür auf zwei Wochen verlängert werden. Das Schuljahr sei in Trimester zu splitten, ein Zeugnis sollte es nur mehr am Schluß geben. Und die Semesterferien sollten durch Herbstferien ersetzt werden.

Familienminister Martin Barstenstein hatte wiederum angeregt, den Samstag als Schultag zu streichen und die fehlende Unterrichtszeit durch kürzere Sommerferien wettzumachen. Neurege-

lungen, mit denen auch der Oberösterreicher Riedl liebäugelt: „Der Transfer von einer Woche auf Zwickeltage wäre sinnvoll und würde dem Fremdenverkehr keinen Schaden zufügen.“

Um den Rest der Bildungspolitik, Lehrgewerkschafter, Eltern und Schülervertreter von der Sinnhaftigkeit einer Ferienreform zu überzeugen, werden sich Kremzar, Riedl und Co noch gehörig ins Zeug legen müssen.

**Ablehnung ist groß.** Schon im Vorjahr hatte eine Befragung ein eindeutiges Ergebnis gebracht: 58 Prozent der 2000 vom Ifes-Institut befragten Österreicher meinten, am derzeitigen Modus solle nicht gerüttelt werden. Noch größer ist das Beharrungsvermögen bei den Betroffenen: 60 Prozent der Eltern und gar 68 Prozent der Schüler und Lehrer wollen alles so belassen, wie es ist.

Diese Meinung dürfte sich zumindest an den Wiener Gymnasien noch verstärkt haben. Das belegt eine aktuelle Befragung unter den Obleuten des AHS-Elternverbandes. „Es gibt keinen Wunsch nach Veränderung“, resümiert Elternvertreterin Krawarik. Tatsächlich sträuben sich die Eltern vehement dagegen, die Semesterferien abzuschaffen, auch die Verlängerung der Weihnachtsferien auf drei Wochen paßt ihnen nicht ins Konzept. Ihre Argumente: Die Schneelage sei zu dieser Zeit nicht so sicher wie im Februar. Außerdem würden in diesem Fall noch mehr Familien in die Ferne schweifen und sich damit „von Weihnachten als besinnlichem Fest verabschieden“. Am ehesten sind die Erzieher noch für einen 14tägigen Osterurlaub zu gewinnen.

Wenn Gehrers Umfrage ähnliche Ergebnisse bringt, wird wohl bei den Ferien alles beim alten bleiben. Daß sich an den Schulen dennoch etwas bewegt, dafür will die resolute Schaffenrath sorgen. Sie hat schon neue Reformideen auf Lager: Warum sollte es statt des traditionellen und starren Stundenplans nicht Blöcke geben, wo Schüler 14 Tage lang nur Englischunterricht haben? Auch die Einteilung in Jahrgangsklassen sei nicht mehr zeitgemäß.

Unterrichtministerin Gehr wird wohl am meisten hoffen, daß Schaffenrath der Einzug in den Tiroler Landtag gelingt.

KARIN LEITNER ■

**Ferientermine und Feriendauer im Schuljahr 1997/98**

**Österreich liegt im Mittelfeld**

Land	Sommer	Herbst	Weihnachten	Winter / Fasching	Frühjahr
Dänemark	etwa 7 Wochen (Mitte Juni bis Mitte August)	1 Woche	2 Wochen	1 Wo. Mitte Februar (Winterferien) <sup>1)</sup>	6 Schultage
Deutschland	6 Wochen (gestaffelte Termine von Mitte Juni bis Mitte September)	1 bis 12 Tage <sup>2)</sup>	8-17 Tage <sup>2)</sup>	1 bis 7 Tage Winterferien (nicht in allen Ländern)	3-17 Tage (2)
Niederlande	6 - 7 Wo. (gestaffelt zw. Anfang Juli und Anfang September)	1 Woche im Oktober	2 Wochen	1 Woche im Februar oder März	Ostermontag
Österreich	9 Wochen + 2 Tage optional (an mittleren und höheren Schulen)	keine	2 Wochen (23. 12. - 6. 1.)	1 Wo. (je nach Bundesland ab dem 1., 2. od. 3. Montag im Februar)	9 Tage (von Montag vor Ostern bis inkl. Dienstag nach Ostern)
GB (England und Wales)	6 Wochen	1 Woche (Ende Oktober)	2 Wochen	1 Woche	2 Wochen
Frankreich	etwa 9 Wochen	1 Woche	2 Wochen	2 Wochen	2 Wochen (gestaffelt)
Spanien	11 bis 12 Wochen	keine	etwa 15 Tage	3 Tage im Februar	etwa drei Tage

1) Je nach Schule unterschiedlich. 2) Die Dauer der „kleinen Ferien“ wird jedes Jahr von den einzelnen Ländern festgelegt.